

Berlin, den 02.09.2011

## **Dialog und Kooperation besiegen den Terror**

### ***Erklärung des Präsidiums zum 10. Jahrestag des 11. September 2011***

Am 11. September jährt sich zum 10. Mal der Anschlag auf das World Trade Center in New York. Die Bilder von den brennenden und einstürzenden Zwillingstürmen des Welthandelszentrums haben die Wahrnehmung der Welt verändert. Flugzeuge wurden als Waffen, Passagiere als Geiseln genommen. Zeitgleich raste ein Passagierflugzeug in gleicher Absicht in ein Gebäudeteil des Pentagons; ein weiteres Flugzeug stürzte vor Erreichen seines unbekanntes Ziels in Washington ab. Mit einem Mal trat die abgründige Gewalt des Terrors in ihrer ganzen menschenverachtenden Härte vor Augen. Etwa 3000 Menschen haben bei diesen Anschlägen ihr Leben verloren.

Wir gedenken an diesem Tag der Opfer dieser verbrecherischen Tat und wissen um die Verletzungen, die diese Anschläge besonders in der amerikanischen Bevölkerung hinterlassen haben. Diese Tat war für viele Menschen unfassbar und führte zu der bis jetzt nicht beantworteten Frage: Warum hassen sie uns so? Der Anschlag wurde als Angriff interpretiert. Die Antwort war „Krieg gegen den Terrorismus“. Zehn Jahre nach den Anschlägen aber ist deutlich, dass die Kriegsstrategie als Antwort auf den Terror gescheitert ist.

### **Krieg als Antwort: Furchtbare Folgen für Afghanistan**

Der proklamierte „Krieg gegen den Terror“ galt zunächst der Zerschlagung der Al Quaida und der Ergreifung Osama Bin Ladens als vermutetem Anstifter. Darüber hinaus wurden der Sturz des damaligen Taliban-Regimes sowie die Sicherheit und Demokratisierung Afghanistans zu Kriegszielen erklärt. An der massiven militärischen Intervention, für die die US-Regierung wenige Wochen nach 9/11 breite internationale Unterstützung fand, beteiligt sich auch die Bundeswehr seit nunmehr zehn Jahren. Während in Amerika von Beginn an öffentlich Kriegsstrategien erklärt wurden, wird dieser Krieg in Deutschland erst seit einem Jahr auch offiziell als Krieg benannt. Seine Bilanz ist verheerend: Sicherheit vor den Angriffen bewaffneter Gruppen und partizipatives Gesellschaftsleben sind für die afghanische Bevölkerung nicht erreicht worden. Stattdessen forderte die enorme Eskalation der Gewalt unzählige Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung. Heute sind auch Militär und Politik zunehmend überzeugt, dass dieser Krieg nicht gewonnen werden kann. Doch es mangelt an der Umsetzung dieser Einsicht in politische Strategie. Der gewaltige Militärapparat tritt weiterhin offensiv auf, produziert massenhaften Tod in der Zivilbevölkerung, während gleichzeitig die Aussicht auf die so genannte militärische Befriedung gleich Null ist. Die Zahlen sind zwar im Einzelnen umstritten, offensichtlich ist aber, dass in den zehn Jahren durch den Krieg in Afghanistan ein Vielfaches der Opfer der Anschläge in New York zu Tode gekommen ist. Die Herausforderung bleibt bestehen, den Militäreinsatz rasch zu beenden und an Stelle des Krieges den Frieden zu riskieren. Das bedeutet auch eine Umwidmung der Mittel für den internationalen Militäreinsatz zugunsten der zivilen Entwicklung. Waffenstillstand ist der erste notwendige Schritt dazu.

## **Folgen in den westlichen Gesellschaften**

Der bis heute nicht endgültig aufgeklärte Anschlag auf das architektonische Symbol amerikanischen Nationalgefühls, die Zwillingstürme des World Trade Center, führte neben seinen schrecklichen Folgen für die Opfer vor allem in der inneren Befindlichkeit westlicher Gesellschaften zu Verwerfungen bei der Fremd- und Selbstwahrnehmung. Nach dem Schock von 9/11 brach sich eine militante Rhetorik des Kampfes gegen den Terrorismus als dämonisiertem Erzfeind Bahn. Da die Täter in ihrem eigenen Bekenntnis zur Tat einen Bezug zum Islam hergestellt hatten, wurde diese Religionszugehörigkeit als Hauptmotiv interpretiert. Der Islam und ein von der islamisch-theologischen Tradition so nicht gedecktes Verständnis von Djihaad, als angebliche Verpflichtung zur Gewalt gegen die Ungläubigen, bildete die Matrix für die Außenwahrnehmung des Islam als Gefahr, Bedrohung und Sicherheitsrisiko. Dies korrespondiert einerseits mit dem modernen christlichen Fundamentalismus in den USA, andererseits mit einem wachsenden Nicht-Verstehen von Religion in einer westlich-säkularen Gesellschaft. Unverständnis, Unkenntnis und Bedrohungsgefühle verbinden sich darüber hinaus oft mit ökonomischen oder sozialen Existenzängsten. In der bundesdeutschen Politik konnte die Vorstellung vom Islamismus als akut staatsgefährdende Macht an die schon fast traditionellen Ängste vor politischem Extremismus von links oder rechts anschließen. Diffuse Ängste vor dem islamistischen „Schläfer“ schürten den Generalverdacht gegen Muslime. Dabei erwiesen sich die Initiativen für interreligiösen Dialog vor Ort insgesamt als tragfähig. Der merkliche, öffentliche Zuspruch zu Thesen und Parteien, die muslimische Einwanderer als Problemfokus für bestehende soziale Problemlagen darstellen, weist aber daraufhin, dass der Dialog und die christliche Solidarisierung mit den Muslimen auch in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe bleibt.

Diese innere Befindlichkeit vereinfacht dann auch die Bewertung der Kriege im „greater middle East“ wie im Irak und Afghanistan, deren vielschichtige innere Konfliktlagen allein im Licht der Auseinandersetzung mit dem Islamismus gedeutet werden. Autoritäre und unsichere Staaten wie Iran und Pakistan sind neben ihren realen Problemen auch Projektionsflächen der westlichen Welt geworden, so dass die islamische Welt insgesamt als globales Sicherheitsrisiko erscheint. In diesem Sinne hat der 11. September 2001 „die Welt“ verändert, zumindest aus westlicher Sicht, weil er die westliche Perspektive verändert hat. Die Armut, der Hunger, die kriegerische Rohstoffausbeutung, die ungerechten Handelswege, fehlende Bildungschancen und andere Formen struktureller Gewalt im südlichen Teil der Erde haben sich nicht verändert, sie sind geblieben!

## **Folgen für das Sicherheitsverständnis**

Die in den zehn Jahren nach 9/11 erfolgte Weiterentwicklung deutscher Sicherheitskonzepte bezieht neben allgemeiner äußerer Sicherheit auch wirtschaftliche Ziele wie die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und die Aufrechterhaltung freier Handelswege als nationales Interesse der Bundesrepublik ein und benennt diese in den Verteidigungspolitischen Richtlinien sowie im militärischen Weißbuch auch als Aufgaben der Bundeswehr. Diese Sichtweise durchdringt die Rechtfertigungsrhetorik der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan und stellt einen gefährlichen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Wirtschaftsinteressen als legitime militärische Handlungsziele als gegeben dar.

Das Gefühl globalen Bedrohtseins macht „Sicherheit“ zu einem umfassenden Leitmotiv politischen Handels und verschiebt das innere Koordinatensystem demokratischer Gesellschaften. Dem Sicherheitsdiskurs wird vieles untergeordnet und eine ständig erweiterte Rechtslage durch Antiterrorgesetze geschaffen. Hier ist auch zu fragen, wieweit demokratische Gesellschaften westlicher Prägung nicht nur ihr Verständnis von Freiheit beschränken, sondern auch unkontrollierten Sicherheitssystemen und – aktuell – auch deren privatwirtschaftlicher Verwertung Vorschub leisten.

Der Privatisierung der Gewalt von Kriegen scheint eine Privatisierung und Ökonomisierung bzw. Entstaatlichung der Gewaltkontrolle zu folgen. Dann ist die Gefahr gegeben, dass sogenannte Sicherheitsorgane jeder rechtlichen Bindung oder ethischer Reflexion letztlich entzogen sind. Das Instrument des Rechts statt des Krieges hat sich an diesem Problem zu bewähren, seine moralische Glaubwürdigkeit jenseits des Interessenausgleichs ist gefordert.

### **Forderungen von pax christi**

Der zehnte Jahrestag dieses so folgenschweren Terroranschlages ist für die katholische Friedensbewegung pax christi in Deutschland Anlass, Herausforderungen zu benennen und politisches Umsteuern anzumahnen.

#### ***Die Bundesregierung ist gefordert:***

- Die deutsche Außenpolitik konsequent als Friedenspolitik zu gestalten. Das heißt z.B.: Instrumente für die zivile Konfliktlösung ideell und finanziell vorrangig auszustatten; den Einsatz militärischer Mittel im Zusammenhang mit der Realisierung wirtschaftlicher Interessen gänzlich zu unterlassen; sich in der NATO und international für die Entwicklung von Konzepten und Strategien gemeinsamer Sicherheit auf der Basis von Recht und Dialog einzusetzen.
- In ihrem Verantwortungsbereich in Afghanistan Waffenstillstandsvereinbarungen zu initiieren und durchzusetzen. Dies sowohl um ein Beispiel für Waffenstillstandsabkommen in weiteren Provinzen zu schaffen, als auch um mit dem Ende der Kämpfe die Voraussetzung für innerafghanische Versöhnungsprozesse und den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr zu schaffen.
- Der Diskriminierung und Kriminalisierung muslimischer Mitbürger/innen entgegen zu treten.
- Unabhängige Untersuchungen der Vorgänge und Hintergründe um 9/11 zu fördern.

#### ***Die Zivilgesellschaft ist gefordert:***

- Den kritischen Dialog mit muslimischen Mitbürger/innen zu verstärken und jeder Rechtfertigung von Gewalt mit religiösen Begründungen von welcher Seite auch immer entgegen zu treten.
- Kritik und Zweifel an der Richtigkeit der militärisch dominierten Afghanistanpolitik verstärkt in die öffentliche Debatte einzubringen.
- Sich einzumischen, in die konzeptionelle Weiterentwicklung des Sicherheitsverständnisses, das der deutschen Außenpolitik zugrunde gelegt wird.

#### ***Die Kirchen sind gefordert:***

- immer wieder Zeichen der Solidarität mit Menschen anderer Glaubensformen zu setzen.
- den interreligiösen Dialog auf allen Ebenen zu verstärken und alle öffentlichen Äußerungen daraufhin zu überprüfen, ob sie den aufrichtigen Glauben der Nichtchristen verletzen könnten.
- Den Weg zum Gerechten Frieden zu einer wirksamen Maxime des christlichen Zeugnisses zu machen.